

EON: „Offene Ausschreibung“ für Urenco-Verkauf

- Urenco-Anteilseigner wollen jetzt „Kriterien definieren“**
- Atomkraftgegner fordern von EON Stilllegung der Urananreicherung**

EON-Chef Johannes Teysen hat auf der Aktionsversammlung von EON am Freitag in Essen angekündigt, dass es für den Verkauf der Urenco-Anteile eine „offene Ausschreibung“ für ein „offenes Bieterverfahren“ geben werde. Urenco betreibt in Gronau die einzige deutsche Urananreicherungsanlage und ist zusammen mit Areva im Besitz der entsprechenden Zentrifugentechnologie. Die bisherigen Urenco-Eigentümer – neben EON auch RWE sowie der britische und niederländische Staat – seien sich laut Teysen über das Verfahren einig und würden nun „Kriterien definieren“, um die Teilnahme am Verfahren und die Anforderungen an erfolgreiche Bewerber zu regeln.

Atomkraftgegner hatten auf der Jahreshauptversammlung EON massiv für den Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau kritisiert und die sofortige Stilllegung der Atomanlage gefordert. „Wir sorgen uns, dass beim Urenco-Verkauf letztlich vor allem der Preis zählt und dafür Abstriche bei den Sicherheitsanforderungen eingegangen werden. Es ist alarmierend, dass der EON-Chef auf der Hauptversammlung selbst auf Nachfrage kein einziges Ausschlusskriterium für mögliche Käufer nennen wollte oder konnte. Dabei ist die Urananreicherung eine auch militärisch sehr gefährliche Technologie und zudem geht es um die Entsorgung von Tausenden Tonnen Uranmüll,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

EON-Chef Teysen war auf der Aktionsversammlung der von mehreren Seiten geäußerten Kritik am Urenco-Verkauf immer wieder ausgewichen. Was aus der sog. „Patronatserklärung“ gegenüber der NRW-Landesregierung wird, mit der sich EON und RWE zur Entsorgung des Gronauer Uranmülls verpflichtet haben, „bleibt abzuwarten“, so Teysen. Die Käufer sollten aber bei Urenco „alle Rechte und Pflichten übernehmen“. Auch die „staats- und gesellschaftsrechtlichen Verträge“ sollten bestehen bleiben. Das deutet daraufhin, dass die Bundesregierung ihr bisheriges Veto- und Mitbestimmungsrecht bei Urenco-Deals behalten möchte.

Beim Urenco-Verkauf ist offensichtlich noch sehr vieles unklar oder die Öffentlichkeit wird nicht informiert. Fest steht nur, dass die jetzigen Eigentümer auf einen möglichst hohen Preis spekulieren. Welche Rolle die Bundesregierung und die Landesregierung beim Verkauf spielen, bleibt undurchsichtig. „Dürfen sich am Ende tatsächlich private Investmentfonds und Pensionsfonds an der Urenco beteiligen und erhalten so Zugriff auf eine Technologie, die den Weg zur Atombombe ebnen kann? Wie kann gecheckt werden, wer tatsächlich hinter einem Bieter steckt? Der Verkauf der Urenco ist ein Vabanque-Spiel – die einzig sichere Lösung ist die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Mitglied im örtlichen Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.kein-castor-nach-ahaus.de, www.uranstransport.de,
www.bbu-online.de

